

Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst
Band: 17 (1927)
Heft: 4
Rubrik: Aus der politischen Woche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

noch einen Vermerk gelekt, mit tiefgebücketem Kopfe, langsam und deutlich schreibend:

Weihnachten 1911: Wir haben uns in dem Schüler doch geirrt. Nicht „Raum genügend“, sondern „Genügend“. „Wissen Sie“, sagte er lächelnd während des Schreibens und ohne aufzusehen, „wissen Sie: mehr als eine halbe Note Korrektur erlaubt die Satzung unserer hohen Schulbehörde nicht.“

Aber als er aufsaß, sah er nur noch, wie sich die Türklinke von draußen bewegte — Fritz Wadernagel hatte sich davon geschlichen.



Ein Krankenhaus für Goldfische.

Eine große Fischerei in London hat ein Heim und Krankenhaus für Goldfische eingerichtet, in dem in großen Wasserbehältern über 100.000 Goldfische leben. Gegen eine kleine Pensionsgebühr werden hier Goldfische aufgenommen und erhalten bei fachmännischer Behandlung Kost und Medizin. Aber nicht nur Goldfische, sondern auch Karpfen und Goldschleie, Edel- und andere Bierfische werden im Hospital aufgenommen und behandelt.

Aus der politischen Woche.

Die deutsche Regierungskrise.

Mitte Dezember vorigen Jahres wurde das Kabinett Marx durch die Sozialisten mit Unterstützung der Deutschnationalen gestürzt. Man erinnert sich, daß dieser Vorgang im Zusammenhang stand mit den Enthüllungen über die nationalistischen kriegstreiberischen Machenschaften in der Reichswehr. Die Sozialdemokraten reichten ihr Mißtrauensvotum ein gegen Dr. Gehler, den Reichswehrminister, der, obwohl Demokrat, die unbedingte Herrschaft der Nationalen und Monarchisten in der Heeresmacht der Republik mit seiner Duldung deckte. Die Deutschnationalen halfen mit, das Kabinett Marx zu stürzen, weil sie den Moment gekommen glaubten, die Regierungsmacht ganz an sich zu reißen. Die Regierung Marx war nämlich keine Mehrheitsregierung. Sie stütze sich auf die Minderheit der Mittelparteien und zog bald die Sozialdemokraten, bald die Deutschnationalen zu seiner Unterstützung herbei.

Daß dieser Zustand kein befriedigender ist und auch auf die Außenpolitik retardierend wirken muß, liegt auf der

Hand. Nach dem Sturze des Kabinetts Marx war zu erwarten, daß der Reichspräsident versuchen würde, eine Regierung mit einer festen parlamentarischen Mehrheit als Grundlage zu bilden. Hindenburg empfing die Führer der Hauptparteien, um sich über die Möglichkeiten einer solchen Regierungsbildung zu vergewissern. Natürlich lag ihm der Versuch einer Erweiterung der Regierungsplattform nach rechts, mit Einbeziehung der Deutschnationalen, am nächsten; diese hatten sich den bisherigen Regierungsparteien, den Volksparteiern und dem Zentrum, durch die Erklärung genehm zu machen gesucht, daß sie mit Stresemanns Außenpolitik einverstanden seien. So beauftragte Hindenburg nach langen Verhandlungen den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius mit der Kabinettsbildung.

Die Bemühungen des Beauftragten scheiterten an dem Widerstand des Zentrums gegen den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung. Eine Regierung Dr. Curtius mit deutschnationaler Beteiligung hätte mit der schärfsten Opposition der immerhin stärksten Partei im Reichstag, der Sozialdemokraten, zu rechnen gehabt und wäre für den europäischen Frieden eine schwere Belastungsprobe geworden.

Nachdem Dr. Curtius resigniert hat, will es nun Dr. Marx mit der Regierungsbildung probieren. Dieser kluge, mit allen Wassern der politischen Erfahrung gewaschene Zentrumsmann, wird wohl versuchen, den alten Zustand der Dinge wieder herbeizuführen: die Regierung der Mittelparteien mit wohlwollender Unterstützung der Sozialdemokraten. Die werden sich mit dem kleinen, aber nicht zu unterschätzenden Erfolg begnügen, den merkwürdigen Demokraten Dr. Gehler aus der Regierung entfernt zu haben. Freilich gilt es jetzt erst noch, das System Gehler in der Reichswehr zu stürzen, das mit dem Manne noch keineswegs gefallen ist, sondern ruhig weiter blüht, wie es ja nach dem Weggange des Reichswehrkommandanten von Seeckt auch ganz beim alten geblieben ist. Auch der durch das reaktionäre Schmutz- und Schundgesetz belastete Innenminister Dr. Rülz wird einem von der Linken unterstützten neuen Kabinett Marx nicht mehr angehören können. Dagegen wird in der künftigen Regierung zweifellos Dr. Stresemann wieder die Außenpolitik leiten. Der nach Frieden und Veröhnung dürstenden Welt wäre eine Lösung der deutschen Regierungskrise im oben gezeichneten Sinne zu wünschen. Nicht der von den deutschen Nationalisten gewünschte Rück nach rechts tut heute not, sondern das klare Bekenntnis des deutschen Volkes zu einer Politik der Verständigung und Veröhnung.

Der falsche Kronprinzensohn.

Einen recht interessanten Aufschluß über die innerpolitische Struktur des deutschen Volkes gibt die von dem baltischen Abenteuerer Harry Domela kürzlich trefflich gespielte Köpenickade. Dieser junge Roué erschien vor Wochen in Heidelberg und ließ sich da in den Kreisen des hochfeudalen Korps Saxo-Borussia als Fürst von Lieven vorstellen. Die kommentarstarken Herren Korpsstudenten wußten, was sie dem hohen Gaste schuldig waren, und einige von ihnen erfuhren sogar die Ehre, von ihrer „Durchlaucht“ angestrichelt zu werden.

Dann tauchte Domela plötzlich in einem Erfurter Gasthose ersten Ranges als Baron von Korff auf und wußte dort durch ein fingiertes Telefongespräch mit der hohenzollerischen Hofverwaltung den Anschein zu erwecken, als sei er ein Mitglied der kronprinzlichen Familie. Bald sprach es sich herum, der jüngste Kronprinzensohn, eben der, wegen dessen General von Seeckt gegangen wurde, beehre Erfurt mit seiner Anwesenheit. Die Leute der einstigen Hofgesellschaft kamen in Schwung und schickten Einladungen an die prinzipliche Hoheit. Die Spitzen der Behörden, der Polizeikommandeur und der Oberbürgermeister gaben sich die Ehre, den hohen Gast zu besuchen und ihm ihre Ergebenheit zu bezeugen. In Dessau gab das Stadttheater zu seinen Ehren „Der alte Dessauer“ als Festvorstellung, und beglückt schaute

die bessere Dessauer Gesellschaft zur Loge empor, wo Harry Domela seine Hohenzollern Rolle zu aller Zufriedenheit spielte. In Weimar entzündete er durch seine demokratische Deutseligkeit; er kneipte brüderlich mit einem früheren Hofbädermeister und ließ sich von dem Alten, der glücklich war über die erfahrenere Ehre, die Hand küssen.



Ein neuer Köpenick! Der baltische Kohlenarbeiter Domela, der sich in Weimar und Erfurt als Kronprinzensohn ausgab und Adels- und Behörden auf den Leim führte.

Ins Erfurter Hotel zurückgekehrt erfuhr Domela, daß Herr von Berg, der Exkaiserliche Sachverwalter, seine Ankunft angekündigt habe. Jetzt hieß es für ihn das Bündel schnüren. Er verschwand plötzlich, wurde aber von der Polizei noch im richtigen Momente gepackt. Er war eben daran, die französische Grenze zu überschreiten, um sich in die Fremdenlegation aufnehmen zu lassen.

Was der aufgeweckte Junge auch gegen das Gesetz gesündigt haben mag, ein Verdienst hat er sich doch erworben: Er hat die Servilität und Leichtgläubigkeit gewisser Volkstseife in Deutschland den verflossenen Herrschaften gegenüber an den Pranger gestellt. Die demokratischen Kreise triumphieren und ihre Blätter überschütten die Rechtsparteien mit Hohn.

Fast gleichzeitig mit dem gewesenen Ziegelschreiber und Bauernknecht Domela gab das Dienstmädchen Martha Barth aus Berka bei Weimar ein Prinzessinnengastspiel. Sie hatte in Berlin im Hause eines Exkaisersohnes als Küchenmädchen gedient und nebenbei reichlich viel Großstadt genossen. In ihre Heimat Erfurt zurückgekehrt, spielte sie die Demimonde-Dame und zwar mit großem Geschick und Erfolg; sie wurde zuletzt so kühn, sich als die Nichte des Exkaisers, die Prinzessin Margaretha von Preußen, auszugeben. Auch sie wurde überall mit geschmeichelter Ehrfurcht empfangen und bewirtet. Ein Detektiv machte ihrem Prinzessinnenglück ein graufames Ende. Nun sitzt auch sie in einem Schloß oder mindestens hinter einem Schloß und wartet auf den Spruch des Richters. Die eigentlichen Leidtragenden sind auch hier wieder die, die sich durch den bloßen Namen haben blenden lassen: sie haben zum Schaden auch noch den Spott. Wann kommt das deutsche Volk wohl zur Einsicht, daß es gegenüber der ganzen Fürstengesellschaft, die sich auf seine Kosten bereichert hat und immer noch mehr bereichern will, die gleiche klägliche Rolle des Geprellten spielt?

Kurze Nachrichten aus der übrigen Welt.

In Paris hat vor kurzem die parlamentarische Arbeit wieder begonnen. Als Präsident der Deputiertenkammer wurde der Sozialist Bouisson, als Vorsitzender des Senats Paul Doumer, der gewesene Finanzminister Briand, gewählt. — Zwischen Briand und Poincaré macht sich immer stärker eine Spannung geltend; sie könnte sich zur Krise auswachsen, wenn nicht höhere Staatsinteressen dagegen wirkten. Briand möchte sich

vor der Kammer über seine Außenpolitik aussprechen und seinen Gegnern, den Nationalisten, die gegen ihn wühlen und ihm vorwerfen, er lasse sich von den Deutschen über-tölpeln, Gelegenheit geben, ihn offen anzugreifen und — sich zu blamieren. Poincaré und dessen Trabanten im Kabinett — Herriot soll auch zu ihnen gehören — hindern dies durch Mehrheitsbeschluß. Sie fürchten, die Debatten könnten das Stabilisierungswerk gefährden. Vielleicht fürchtet Poincaré auch, sie könnten Briands Anteil an der Frankenaufichtung ins richtige Licht rücken. Die Rechtsparteien nehmen nämlich für sich und ihren Vertrauensmann Poincaré den Ruhm in Anspruch, Frankreich vom finanziellen Absturz gerettet zu haben. In Wirklichkeit mag Briands glückliche Friedenspolitik ebensoviel zum Wiederaufstieg des Frankens beigetragen haben.

Die Verhandlungen betreffend die Entwaffnung Deutschlands, die gegenwärtig vor der alliierten Kommission in Paris stattfinden und die deutscherseits von General Pawell geführt werden, haben noch zu keinem positiven Resultat geführt. Die Deutschen geben die technischen Verfehlungen (Neubauten an den Ostfestungen gegen Polen) zu, aber versteifen sich auf die juristische Seite des Problems. Da die Kommission hier nicht zuständig ist, wird die Angelegenheit wohl vor den Völkerratsrat kommen. Ende Januar muß nämlich versprochenerweise die alliierte Kommission aus Deutschland zurückgezogen werden. Berlin sucht offenkundig Zeit zu gewinnen.

Ungarn sucht Italiens Unterstützung zur Verwirklichung seiner nationalen Ziele. Graf Bethlen, der rühmlich bekannte Premier aus Budapest, kündigt seinen Besuch bei Mussolini in Rom an. Man kann sich denken, daß dabei nicht bloß über das Wetter und den Sport gesprochen werden wird. Mussolini hat Ungarn den Hafen von Fiume zur Benutzung mit besonderen Rechten angeboten, um das jugoslawische Angebot, auf den Hafen Spalato lautend, zu konkurrenzieren.

Seit Bekanntwerden der italienisch-albanischen Abmachungen weiß Jugoslawien, daß es isoliert und geknebelt werden soll. Vor sich das mächtige Italien mit seiner von Tag zu Tag wachsenden Flottenmacht, neben sich das rache-durstige Bulgarien und im Rücken das gefährliche, unabgerüstete Ungarn: so hat es die trübe Aussicht auf einen neuen Krieg auf Leben und Tod oder auf eine schmähliche Abhängigkeit von Italien, das aus dem Hinterland der italienischen Adria am liebsten eine Kolonie machen möchte.

Die Kleine Entente zeigt nur noch schwache Lebenszeichen, seitdem der starke französische Beschützer selbst alle Hände voll zu tun hat, um nicht isoliert und einem wiedererstarkten revanchelustigen Deutschland zum Opfer zu fallen. Eine auf den Februar angesagte Zusammenkunft in Belgrad ist auf den April oder Mai verschoben worden.

Die Schwäche der Kleinen Entente hängt wohl mit den innerpolitischen Verhältnissen der beiden Hauptkontrahenten, der Tschechoslowakei und Rumäniens, zusammen. Im ersteren Lande hat sich dieser Tage eine politische Neuordnung durchgesetzt, die auch außenpolitisch wirksam werden dürfte. Alle drei Nationen, neben den Tschechen auch die Deutschen und Slowaken, sind jetzt in der Regierung vertreten. Die Einigung scheint im Zeichen des Ausgleiches der nationalen Gegensätze stattgefunden zu haben. Der neue Zustand muß sich indessen erst noch bewähren.

Rumänien hat eben mit Frankreich einen Allianzvertrag abgeschlossen, der deutlich die Bindung dieser Länder an gemeinsame Schicksale markiert. Im Falle, daß eines der Länder angegriffen wird, hat das andere ihm Unterstützung zu gewähren. Wir sehen, daß das System der Allianzen trotz Genf blüht wie zur Zeit Wilhelms II. Wenn je der verhängnisvolle Einfluß einer machthungrigen Persönlichkeit auf die Geschichte der Völker vergessen worden ist, dann muß heute Mussolinis Beispiel die Tatsache seiner Existenz wieder ins Gedächtnis rufen. —ch—